

## 6. Unternehmer und Kommunalpolitik

### 6.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Nach der preußischen Städteordnung für die Provinz Westfalen von 1856 hatte jede Stadt eine Stadtverordnetenversammlung zu wählen, die wiederum aus ihrer Mitte einen Magistrat als „kollegiale[n] Gemeindevorstand“ bestimmte, welcher die „Obrigkeit der Stadt“ darstellte.<sup>259</sup> Dem Magistrat, dem neben dem Bürgermeister weitere besoldete oder unbesoldete Stadträte angehörten, oblag die Leitung der Verwaltungsgeschäfte und die Vertretung der Stadt nach außen hin. Auf Antrag der Stadtverordneten und unter Genehmigung der Regierung war es auch möglich, auf die Bildung eines Magistrats zu verzichten und stattdessen zwei oder drei Schöffen zu wählen, welche „den Bürgermeister unterstützen und in Verhinderungsfällen zu vertreten haben“.<sup>260</sup> Ahaus scheint von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht zu haben, da in Verwaltungsberichten stets Bürgermeister und Schöffen anstelle eines Magistrats erwähnt werden. Zu den Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung zählte neben der Wahl und Kontrolle des Bürgermeisters und der Schöffen auch der Beschluss über die Gemeindeangelegenheiten.<sup>261</sup> Beide Gremien waren damit von zentraler Bedeutung für die Gestaltung der städtischen Entwicklung – und auch von besonderem

---

259 Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (Gesetz-Sammlung für die königlichen preußischen Staaten Nr. 20.), §10.

260 Ebd., §71, §72,

261 Vgl. Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 45.

Interesse für die Unternehmer, denn in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung wurden „[...] Fragen erörtert, die den Unternehmer unmittelbar [...] angingen, sei es die Bebauung von Grundstücken oder die Vergabe einer Dampfmaschinenkonzession, die Errichtung von Krankenhäusern, Schulen, Straßen usw.“<sup>262</sup> Insofern scheint es kaum verwunderlich, dass auch die westmünsterländischen Fabrikanten reges Interesse an der Kommunalpolitik zeigten, wie Freitag feststellt: „Alle- samt waren die Textilunternehmer politisch engagiert; es war für sie eine Ehrenpflicht, in den Kommunalparlamenten tätig zu werden.“<sup>263</sup>

Ein zentraler Einflussfaktor auf die Stellung der Unternehmerschaft in der Kommunalpolitik bestand im preußischen „Dreiklassenwahlrecht“. Wahlberechtigt war grundsätzlich „jeder Einwohner, der die gesetzlichen Voraussetzungen (preußische Staatsangehörigkeit, Selbstständigkeit, Mindeststeuerleistung und Mindestaufenthalt) erfüllte“.<sup>264</sup> Der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung konnte damit abhängig von den lokalen Verhältnissen deutlich variieren: So waren nach Behrendt in Bocholt um 1895 etwa 7,9 % der Bevölkerung wahlberechtigt.<sup>265</sup> In Ahaus lässt sich für das Jahr 1912 ein Anteil von 14,22 % ermitteln.<sup>266</sup> Das „politische Gewicht“ der einzelnen Stimme war an die Steuerleistung des Wählers gekoppelt und konnte daher stark voneinander abweichen.<sup>267</sup> Hierzu wurde die wahlberechtigte Be-

262 Teuteberg, Westfälische Textilunternehmer in der Industrialisierung, S. 35.

263 Freitag, Urbanisierung und Urbanität im westlichen Münsterland, S. 60.

264 Croon, Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, S. 21. Der Begriff „Selbstständigkeit“ ist in diesem Kontext nicht im Sinne von unternehmerischer Selbstständigkeit zu verstehen: „Als selbstständig wird nach vollendetem vierundzwanzigsten Lebensjahre ein Jeder betrachtet, der einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht das Verfügungsrecht über sein Vermögen oder dessen Verwaltung durch richterliches Erkenntniß entzogen ist.“, Vgl. Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (Gesetz-Sammlung für die königlichen preußischen Staaten Nr. 20.), §5.

265 Vgl. Behrendt, Lukas, Die Entwicklung der kommunalen Daseinsvorsorge in Bocholt (1860–1914), Unser Bocholt 72/2 (2021), S. 4–48, hier S. 16.

266 Vgl. StA-AH AH-1 0018 Abteilungsliste der stimmbfähigen Bürger aus der Stadt Ahaus für das Jahr 1913.

267 Vgl. Matzerath, Horst, Urbanisierung in Preußen 1815–1914, Stuttgart 1985 (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik), S. 358.

völkerung in drei Abteilungen eingeteilt, die gemeinsam jeweils für ein Drittel des Steueraufkommens verantwortlich waren und entsprechend ein Drittel der Stadtverordneten bestimmten durften. Für die Registrierung in einer der drei Abteilungen war somit keine absolute Steuergrenze entscheidend, sondern der Anteil, den der eigene Beitrag an der Steuerlast der gesamten Gemeinde ausmachte. In welcher Abteilung sich ein Bürger mit seiner Steuerleistung wiederfand, richtete sich damit „nach der ökonomischen Potenz eines Ortes und der Sozialstruktur seiner Bevölkerung.“<sup>268</sup> Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt konnte die Stimme des einzelnen Bürgers mit der Zeit sowohl an Gewicht gewinnen als auch verlieren – wenn sich also eine neue ökonomische Elite etablierte, konnte diese bei ausreichender Steuerleistung die bisherigen Wähler in eine niedrigere Abteilung ‚verdrängen‘. Bestärkt wurde dies auch durch das in der Provinz Westfalen mögliche Wahlrecht für juristische Personen, was dazu führte, dass zum Teil auch Unternehmen das aktive Wahlrecht ausüben konnten.<sup>269</sup>

## 6.2 Unternehmer als Wähler

In den preußischen Groß- und Mittelstädten konnten nach Matzerath „maximal 5 % der Wähler, häufig aber weniger als 1 %, ein Drittel aller Mandate in der ersten Klasse besetzen [...] während in der zweiten Klasse 6–17 % und in der dritten Klasse 78–93 % erforderlich waren.“<sup>270</sup> Diese Werte konnten jedoch – abhängig von der Größe und der ökonomischen Struktur eines Ortes – teils sehr deutlich voneinander abweichen. In den Städten des Ruhrgebiets zeigte sich eine starke Dominanz der Montanindustrie: Während die erste Abteilung durch einen einzelnen Großunternehmer oder ein Berg- und Hüttenwerk bestimmt wurde, stimmten in der zweiten Abteilung deren Direktoren und leitende Angestellte ab und gewährleisteten dem Unternehmen

---

268 Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 56.

269 Vgl. Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, S. 246.

270 Matzerath, Urbanisierung in Preußen 1815–1914, S. 358.

damit „eine sichere Mehrheit.“<sup>271</sup> Als ein „Musterbeispiel für den plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts“ lässt sich die Stadt Essen mit ihrem Großunternehmer Krupp anführen, der alleine über ein Drittel des Stadtparlamentes entscheiden konnte.<sup>272</sup> In den von der Textilindustrie geprägten Städten dagegen „mußten sich gewöhnlich mehrere Unternehmer wegen der breiteren Streuung der Spitzeneinkommen die ‚Herrschaft‘ teilen.“<sup>273</sup> So kommt Wolfgang Löhr in seiner Untersuchung zu Honoratiorengruppen und Kommunalpolitik in Mönchengladbach und Rheydt zu dem Ergebnis, dass sich die dortigen Stadtverordnetenversammlungen i.d.R. etwa zur Hälfte oder sogar mehr aus verschiedenen Textilunternehmern zusammensetzten, die es jedoch nicht mit der ökonomischen Potenz der Ruhrindustriellen aufnehmen konnten.<sup>274</sup> Bei den genannten Städten Essen, Mönchengladbach und Rheydt handelt es sich um Großstädte,<sup>275</sup> die allein schon aufgrund ihrer deutlich größeren Einwohnerzahl ein erheblich höheres Steueraufkommen als Ahaus gehabt haben dürften. Dementsprechend musste dort der absolute Steuerbetrag des einzelnen Unternehmers deutlich höher liegen, um in einer höheren Wählerklasse registriert zu werden oder diese gar alleine dominieren zu können. Für Letzteres brauchte es schon einen großen Montanindustriellen wie Krupp,<sup>276</sup> an dessen Vermögen die Unternehmer aus der Textilbranche jedoch kaum heranreichen konnten.<sup>277</sup>

271 Croon, Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, S. 41.

272 Vgl. Matzerath, Urbanisierung in Preußen 1815–1914, S. 358.

273 Adelmann, Führende Unternehmer im Rheinland und in Westfalen 1850–1914, S. 352.

274 Vgl. Löhr, Wolfgang, Honoratiorengruppen und Kommunalpolitik 1871–1914, dargestellt am Beispiel eines Vergleichs zwischen Mönchengladbach und Rheydt, in: K. Düwell – W. Köllmann (Hrsg.) Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter (Band 2). Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Wuppertal 1984, S. 9–24, hier S. 12–14.

275 Mönchengladbach: ca. 58.000 im Jahr 1900; Rheydt: ca. 34.000 im Jahr 1900, Vgl. Löhr, Honoratiorengruppen und Kommunalpolitik 1871–1914, S. 10.

276 Vgl. Matzerath, Urbanisierung in Preußen 1815–1914, S. 358.

277 Vgl. Löhr, Honoratiorengruppen und Kommunalpolitik 1871–1914, S. 12f.

Im westmünsterländischen Ahaus lagen die strukturellen Voraussetzungen dagegen anders: Auf der einen Seite gab es durch die geringere Einwohnerzahl der Kleinstadt auch weniger Steuerzahler, zum anderen trafen die Unternehmer hier in den 1880er-Jahren auf eine noch wenig entwickelte Wirtschaft. Damit fiel das Einkommen von Textilunternehmern wie Jan und Ysaak van Delden hier erheblich stärker ins Gewicht, wie die Abteilungsliste der stimmbfähigen Bürger aus dem Jahr 1913 zeigt: In der ersten Abteilung waren vier Wähler registriert. Als juristische Person und mit Abstand größter Steuerzahler führte die Westfälische Jute-Spinnerei und Weberei AG die Liste an, gefolgt von ihren Direktoren Jan und Ysaak van Delden. Damit konnten die van Deldens drei Viertel der Stimmen in der ersten Abteilung vergeben und gemeinsam mit Bernhard Oldenkott über ein Drittel der Stadtverordneten entscheiden.<sup>278</sup>

In der zweiten Abteilung finden sich die Unternehmer Johann Dües Junior sowie Wilhelm und Robert Kurtz. Während die Gebrüder Kurtz, Inhaber der Westfälischen Zündwarenfabrik, in ihrem Steueraufkommen deutlich hinter den Unternehmern der ersten Abteilung zurückblieben, sticht Dües in der zweiten Abteilung deutlich hervor. Der Schuhfabrikant zahlte mehr als doppelt so viele Steuern wie der hinter ihm gelistete Justizrat Brandis, lag jedoch nur knapp hinter dem bereits in der ersten Abteilung aufgeführten Tabakunternehmer Oldenkott. Da Dües und Oldenkott bereits deutlich länger in Ahaus ansässig waren als die Inhaber der Jutefabrik, steht zu vermuten, dass Johann Dües durch die van Deldens in die zweite Abteilung ‚verdrängt‘ wurde, allerdings fehlt es an entsprechenden Wählerlisten früherer Jahrgänge. Ähnliches gilt für Angehörige jener Gruppen, die Hocks als die vorindustrielle „sehr dünne Oberschicht“ der Stadt beschreibt, wie beispielsweise Akademiker, Kaufleute und höhere Beamte.<sup>279</sup> Diese finden sich ausschließlich in der zweiten Wählerklasse wieder.<sup>280</sup>

---

278 Vgl. StA-AH AH-1 0018 Abteilungsliste der stimmbfähigen Bürger aus der Stadt Ahaus für das Jahr 1913.

279 Vgl. Hocks, Zur Geschichte der Stadt Ahaus von 1864 bis zur Gegenwart, S. 66

280 Vgl. StA-AH AH-1 0018 Abteilungsliste der stimmbfähigen Bürger aus der Stadt Ahaus für das Jahr 1913.

Blickt man auf das Abstimmungsverhalten der ersten Wählerabteilung, dann zeigt sich, dass diese bestimmte Gruppen von Kandidaten bevorzugt in die Stadtverordnetenversammlung wählte: Zum einen handelte es sich dabei – wenig überraschend – um die Unternehmer selbst. Aus ihren eigenen Reihen entsandte die Abteilung die Fabrikanten Jan van Delden und Bernhard Oldenkott. Der Schuhfabrikant Johann Dües gab seine Stimme zwar selbst in der zweiten Abteilung ab, verdankte seinen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung jedoch seinen Unternehmer-Kollegen aus der ersten Wählerklasse.<sup>281</sup>

Tabelle 1: Verteilung der Unternehmer auf die Wählerabteilung im Jahr 1913<sup>282</sup>

Namen und Vornamen der stimmberechtigten Gemeindewähler	Steuerbetrag (M)	Steuerbetrag (Pf.)
1. Abteilung		
Westfälische Jutespinnerei und Weberei AG	21 476	22
Ysaak van Delden	9 366	57
Jan van Delden	8 840	16
Bernhard Oldenkott	7 052	18
<i>Gesamt: 4 Wähler</i>	46 735	13
2. Abteilung		
Johann Dües	6 261	65
Wilhelm Kurtz	869	67
Robert Kurtz	740	67
<i>Gesamt: 49 Wähler</i>	40 434	26
3. Abteilung		
<i>Gesamt: 651 Wähler</i>	39 964	63

Darüber hinaus wählte die erste Abteilung wiederholt den Justizrat Brandis, welcher auch über mehrere Jahre als erster Schöffe fungierte, sowie den Medizinalrat Dr. Helmig, der als Kreisphysikus tätig war,

281 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht für die Stadt Ahaus v. 22. Dezember 1911.

282 Vgl. StA-AH AH-1 0018 Abteilungsliste der stimmberechtigten Bürger aus der Stadt Ahaus für das Jahr 1913.

zu Stadtverordneten.<sup>283</sup> Für beide Vertreter des gehobenen Bürgertums lassen sich Verbindungen zu den Unternehmern der ersten Wählerklasse nachweisen: Die Westfälische Jutespinnerei und Weberei AG war in der Kanzlei von Brandis gegründet worden,<sup>284</sup> der auch in den folgenden Jahren als Rechtsanwalt für die Firma tätig blieb.<sup>285</sup> Zudem waren sowohl der Justiz- als auch der Medizinalrat Mitglieder der Bürgergesellschaft „Kasino“, welcher auch die van Deldens, Oldenkotts und Dües angehörten.<sup>286</sup> Auch für den Maurermeister Adolf Osterhues, der zuvor bereits die dritte Abteilung als Stadtverordneter vertreten hatte,<sup>287</sup> lassen sich geschäftliche Beziehungen zu den van Deldens nachweisen: Er erhielt wiederholt Bauaufträge für Werkswohnungen der Jutefabrik.<sup>288</sup> Die Ahauser Kreiszeitung kommentierte die Wahl von Osterhues, Oldenkott und Brandis durch die erste Abteilung im Jahr 1910 mit den Worten, es sei „also die vom Ortswahlkomitee der Zentrumspartei empfohlene Kandidatenliste gewählt worden.“<sup>289</sup> Die genannte Wahl erfolgte einstimmig – ebenso wie vorherige Wahlen in der ersten Abteilung.<sup>290</sup> Dies deutet auf Absprachen der Unternehmer mit der Zentrumspartei hin. Für den Tabakfabrikanten Bernhard Oldenkott, der selbst Katholik und Parteimitglied war, überrascht dies

283 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsberichte für die Stadt Ahaus v. 19. Juni 1902 u. 22. Dezember 1911.

284 Vgl. StA-AH (41 22 85 01 97), Dr. W. van Delden, 50 Jahre Westfälische Jute-Spinnerei und Weberei Ahaus i.W., Sonderdruck der Ahauser Kreiszeitung von 24. April 1933.

285 Vgl. StA-AH Nachlass 2 Dr. Klaus Ris (Mappe 4), Protokollbuch des Aufsichtsrats der Westf. Jute Spinnerei & Weberei Ahaus 17. März 1883 bis 1. Mai 1906 (hier Protokoll v. 2. November 1888); Protokollbuch des Aufsichtsrats der Westf. Jute Spinnerei & Weberei Ahaus 20. September 1906 bis 18. September 1923 (hier Protokoll v. 31. März 1921)

286 Vgl. StA-AH: 50 Jahre Kasino-Gesellschaft Ahaus, zusammengestellt von Dr. Willi van Delden v. Oktober 1938 (Teil 1 von: 100 Jahre Kasino-Gesellschaft Ahaus 1888–1988), S. 3; S. 7.

287 Vgl. Ahauser Kreiszeitung v. 25. Juli 1903, in: Leuters, Franz, Kreis Ahauser Chronik. Alte Zeitungsbände berichten von 1900 bis 1920, Ahaus 1990, S. 44.

288 Vgl. Ahauser Kreiszeitung v. 14. August 1906, in: ebd., S. 96; Ahauser Kreiszeitung v. 23. April 1912, in: ebd., S. 190.

289 Vgl. Ahauser Kreiszeitung v. 8. November 1910, in: ebd., S. 164.

290 Vgl. Ahauser Kreiszeitung v. 7. November 1900, in: ebd., S. 11.

wenig.<sup>291</sup> Aus der Zusammensetzung der ersten Abteilung ergibt sich jedoch, dass auch Mennoniten Jan und Ysaak van Delden die Wahlvorschläge des Zentrums stützten und in Anbetracht ihres hohen Stimmengewichts vermutlich auch an entsprechenden Absprachen beteiligt waren.

Das hohe Stimmengewicht der Unternehmer in Ahaus stellte in der Region keinen Einzelfall dar, sondern lässt sich unter anderem auch für die Onkel der Brüder van Delden nachweisen: In Gronau „stellten 1898 [...] Gerrit und Mathieu van Delden die erste Klasse und wählten acht der 24 Stadtverordneten.“<sup>292</sup> Auch im benachbarten Vreden stimmten das Unternehmen der Hueskers sowie der Lederfabrikant Reerink um 1907 allein in der ersten Wählerabteilung ab.<sup>293</sup>

### 6.3 Unternehmer als Politiker

Die Unternehmer maßen der Kommunalpolitik sogar im Vergleich mit parlamentarischer Arbeit „im Staat [...] und Reich“ eine besonders große Bedeutung zu.<sup>294</sup> Auf der kommunalen Ebene wurden einerseits Entscheidungen getroffen, die sich unmittelbar auf das Unternehmen und seine Entwicklungsmöglichkeiten auswirkten, andererseits vereinfachte das Dreiklassenwahlrecht den Unternehmern den Weg in die städtischen Gremien. Darüber hinaus begünstigte ein weiterer Faktor ein kommunalpolitisches Engagement seitens der Unternehmerschaft: Städtische Ehrenämter erforderten den Einsatz von Zeit und Arbeit –

---

291 Vgl. StA-AH Nachruf der Ahauser Zentrumsparterie auf B. Oldenkott, Ahauser Kreiszeitung v. 23.07.1926.

292 Freitag, Urbanisierung und Urbanität im westlichen Münsterland, S. 60.

293 Vgl. StA-V F 43/7 Abteilungsliste der stimmberechtigten Gemeindewähler der Gemeinde Stadt Vreden für das Jahr 1907.

294 Vgl. Krabbe, Wolfgang, Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtische Leistungsverwaltung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Fallstudien zu Dortmund und Münster, Berlin 1085 (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik Band 74), S. 144.



um sich dies erlauben zu können, war finanzielle Sicherheit aus dem Hauptberuf erforderlich.<sup>295</sup>

Auch in der Ahauser Unternehmerschaft lassen sich eine Reihe von politischen Ämtern nachweisen (vgl. Tabelle 2). Jan van Delden, Johannes Dües und Bernhard Oldenkott wurden von den Wählern der ersten Abteilung in das Stadtverordneten-Kollegium gewählt. Der Bürgermeister Ridder schrieb bei Jan van Deldens Tod im Jahr 1926 in dessen Nachruf, der Verstorbene habe „seit nahezu 40 Jahren dem Stadtverordneten-Kollegium und einer Reihe städtischer Kommissionen“ angehört und dabei „kommunalpolitische[n] und wirtschaftliche[n] Weitblick“ gezeigt.<sup>296</sup> Sein Bruder Ysaak war zwar nicht Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums, übte dafür jedoch langjährig das Amt eines Schöffen aus und war ständiges Mitglied der Finanzkommission.<sup>297</sup> Diese Art der ‚kommunalpolitischen Arbeitsteilung‘ erlaubte es den Gebrüdern van Delden zum einen in einer größeren Zahl von Ämtern und Gremien vertreten sein, zum anderen konnten ohnehin nicht beide Stadtverordnete werden, da nach der Westfälischen Städteordnung „Vater und Sohn, sowie Brüder [...] nicht zugleich Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung sein“ durften.<sup>298</sup> Nach Ysaaks Rückzug aus dem Schöffen-Amt trat im Jahr 1924 mit Bernhard Oldenkott ein weiterer Unternehmer die Nachfolge an.<sup>299</sup> In den Verwaltungsberichten wird Ysaak van Delden als dritter Schöffe bezeichnet, wohingegen die Position des ersten Schöffen vom zuvor erwähnten – von der ersten Abteilung gewählten – Rechtsanwalt Felix Brandis ausgefüllt wurde, wobei die Besetzung dieses Amtes durch einen Juristen einer Professionalisierung der Verwaltung durchaus entgegenkam.<sup>300</sup> In der Gremien-

295 Vgl. Löhr, Honoratiorengruppen und Kommunalpolitik 1871–1914, S. 17.

296 Vgl. StA-AH Nachruf des Bürgermeisters Ridder auf J. van Delden, Ahauser Kreiszeitung v. 11. März 1924

297 Vgl. StA-AH Fabrikant Ysaak van Delden 70 Jahre alt, Ahauser Kreiszeitung v. 25.05.1929

298 Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (Gesetz-Sammlung für die königlichen preußischen Staaten Nr. 20.), §17.

299 Vgl. StA-AH Nachruf des Bürgermeisters Ridder auf B. Oldenkott, Ahauser Kreiszeitung v. 22.07.1926.

300 Vgl. Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 129ff.

tätigkeit der Unternehmer lässt sich dagegen eine Fokussierung auf Finanzen und Bauwesen erkennen. Während der erstgenannte Bereich den Fähigkeiten der kaufmännisch-gewerblichen erfahrenen Honoratioren vermutlich entgegenkam,<sup>301</sup> stellte das Bauwesen ein zentrales Betätigungsfeld der Unternehmer in der Stadt dar – sowohl beim Ausbau der eigenen Fabriken als auch im Bereich des Wohnungsbaus (siehe Kapitel 8.2.).

Ein direktes parteipolitisches Engagement lässt sich nur für einen der Ahauser Unternehmer nachweisen: Der Tabakfabrikant Bernhard Oldenkott war „eifriges Mitglied“ in der Zentrumspartei, wo er verschiedene Leitungsfunktionen übernahm: So fungierte er über einen nicht näher bekannten Zeitraum als „Senior“ der Fraktion im Stadtverordnetenkollegium.<sup>302</sup> Während des politischen Umbruchs vom Kaiserreich zur Weimarer Republik war Oldenkott zudem Vorsitzender des Ortskomitees der Partei.<sup>303</sup> In der Kommunalwahl von 1924 trat er als Spitzenkandidat der Zentrumsliste an, während Willy van Delden auf dem ersten Platz der „Wirtschaftsliste“ kandidierte, der mit Franz Dües auch einer der Erben der Schuhfabrik angehörte.<sup>304</sup> Die Familie van Delden stand in der Weimarer Republik der konservativen DNVP (Deutschnationale Volkspartei) nahe, Willy van Delden trat 1941 der NSDAP bei.<sup>305</sup> Über eine parteipolitische Ausrichtung der Firmengründer Jan und Ysaak van Delden finden sich in den Quellen keine Hinweise.

---

301 Vgl. Krabbe, Kommunalpolitik und Industrialisierung, S. 144.

302 Vgl. StA-AH Nachruf der Ahauser Zentrumspartei auf B. Oldenkott, Ahauser Kreiszeitung v. 23.07.1926.

303 Vgl. StA-AH Zentrumsversammlung, Ahauser Kreiszeitung v. 19.12.1918.

304 Vgl. StA-AH Wahlaufrufe der Ahauser Wirtschaftsliste u. der Ahauser Zentrumspartei, Ahauser Kreiszeitung v. 3. Mai 1924.

305 Vgl. Große Vorholt, Elke, „...wir waren nicht freiwillig hier!“. Zwangsarbeit und Arbeitserziehung in der Westfälischen Jutespinnerei und Weberei AG Ahaus (Nachwirkungen. Schriften des aktuellen Forums VHS Ahaus), S. 52.

Tabelle 2: Ämter und Mandate der Ahauser Unternehmer. Die in Klammern gehaltenen Jahreszahlen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern markieren die Zeiträume, in denen der entsprechende Posten in den Verwaltungsberichten konkret nachgewiesen werden kann.

Unternehmer	Mandate	Ämter	Kommissionen und Ausschüsse	Sonstige Gremien
<b>Jan van Delden</b>	Stadtverordneter [1901–1918] <sup>306</sup>		Baukommission, Rechnungskommission, Sanitätskommission, <sup>307</sup>	Schulvorstand für den Gesamtschulverband Ahaus-Ammeln, Schuldeputation, Kuratorium der Sparkasse, <sup>308</sup> Mitglied des Kreistages <sup>309</sup>
<b>Ysaak van Delden</b>		Schöffe [1907–1917] <sup>310</sup>	Finanzkommission, Gewerbesteuer-ausschuss <sup>311</sup>	Schulvorstand für die evangelische Volksschule, Schuldeputation, <sup>312</sup> Schulkommission für die evangelische Volksschule (Vors.), <sup>313</sup> Mitglied der Handelskammer, Handelsrichter, <sup>314</sup>
<b>Johann Dües Sr.</b>	Stadtverordneter [1901/1902] <sup>315</sup>			Kreisausschuss und verschiedene Kommissionen <sup>316</sup>

306 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsberichte für Stadt Ahaus v. 19. Juni 1902, 5. September 1908, 21. Dezember 1914

307 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsberichte für die Stadt Ahaus v. 19. Juni 1902.

308 Vgl. ebd.

309 Vgl. StA-AH Todesanzeige J. van Delden, Ahauser Kreiszeitung v. 11. März 1924.

310 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsberichte für die Stadt Ahaus v. 5. September 1908, 21. Dezember 1914.

311 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht der Stadt Ahaus für das Rechnungsjahr 1925.

312 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht für die Stadt Ahaus v. 5. September 1908.

313 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht für die Stadt Ahaus v. 25. August 1909.

314 Vgl. StA-AH Todesanzeige Ysaak van Delden, Zeno-Zeitung. Kreiszeitung für den Kreis Ahaus v. 3.05.1939.

315 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht für Stadt Ahaus v. 19. Juni 1902.

316 Vgl. StA-AH Nachruf des Landrats auf Gutsbesitzer Johann Dües, Ahauser Kreisblatt v. 16. März 1910.

## 6. Unternehmer und Kommunalpolitik

<b>Johann Dües Jr.</b>	Stadtverordneter [1909–1914] <sup>317</sup>		Wegebau- und Wasserschau-Kommission, <sup>318</sup> Finanzkommission <sup>319</sup>	
<b>Bernhard Oldenkott</b>	Stadtverordneter [1911–1916, 1925] <sup>320</sup>	Schöffe [1924–1926] <sup>321</sup>	Finanzkommission <sup>322</sup>	Schulvorstand, <sup>323</sup> Mitglied des Kreistages, Vorsitzender der Ortskrankenkasse, Rendant des Marienhospitals <sup>324</sup>
<b>Willy van Delden</b>	Stadtverordneter [1925] <sup>325</sup>		Baukommission, Betriebsdeputation der städtischen Licht- und Wasserwerke <sup>326</sup>	
<b>Gerrit Jan van Delden</b>	Stadtverordneter [unbekannt] <sup>327</sup>			Handelsrichter <sup>328</sup>

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurde der kommunalpolitische Einfluss der Unternehmer durch das Dreiklassenwahlrecht quasi garantiert – zumindest solange der wirtschaftliche Erfolg anhielt: „In Preußen war die Umwandlung von ökonomischer in politische Macht recht einfach“, urteilt Berghoff.<sup>329</sup> Solange sich die Unternehmer der ersten Wählerklasse untereinander einig waren und ihre Netzwerke in

317 Vgl. StA-AH Todesanzeige Johann Dües, Ahauser Kreiszeitung v. 2. September 1929; AH-1 0014 Verwaltungsbericht für die Stadt Ahaus v. 25. August 1909.

318 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht für die Stadt Ahaus v. 5. September 1908.

319 Vgl. StA-AH AH-1 0635 Verwaltungsbericht für die Stadt Ahaus v. 21. Dezember 1914.

320 Vgl. StA-AH Nachruf des Bürgermeisters Ridder auf B. Oldenkott, Ahauser Kreiszeitung v. 22.07.1926; AH-1 0014 Verwaltungsbericht für die Stadt Ahaus v. 22. Dezember 1911.

321 Vgl. ebd.

322 Vgl. StA-AH AH-1 0635 Verwaltungsbericht für die Stadt Ahaus v. 21. Dezember 1914.

323 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht der Stadt Ahaus v. Juni 1926.

324 Vgl. StA-AH Nachruf auf Bernhard Oldenkott, Ahauser Kreiszeitung v. 22. Juli 1926.

325 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht der Stadt Ahaus für das Rechnungsjahr v. Juni 1926.

326 Vgl. ebd.

327 Vgl. Moussault, Het geslacht van Delden, S. 83.

328 Ebd.

329 Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, S. 246.

der zweiten Abteilung pflegten, waren ihre Ämter auch bei politischen Stimmungswandlungen in der Stadtbevölkerung nicht gefährdet, während zugleich günstige Mehrheitsverhältnisse für die von ihnen geförderten Projekte sichergestellt wurden: Das Dreiklassenwahlrecht bildete eine Art „Reservat“ für das bestehende Honoratiorenregiment.<sup>330</sup>

Ein Beispiel dafür stellt eine Auseinandersetzung im Jahr 1910 dar, in der die Stadtverordneten und Kasino-Mitglieder Dües, van Delden, Brandis und Helmig mit Unterstützung der zweiten Abteilung die Proteste der Stadtverordneten aus der dritten Abteilung überstimmten, um den von ihnen befürworteten Bau einer Wasserleitung durchzusetzen (vgl. Kapitel 9.2.)<sup>331</sup> Als ‚Oppositionsführer‘ der Gegner des Projektes trat dabei der von der dritten Abteilung gewählte Schuhmachermeister und christliche Gewerkschaftsfunktionär Böyng auf.<sup>332</sup> Dies ist insofern bemerkenswert, als dass Böyng für die Schuhfabrik des Unternehmers Johann Dües arbeitete, der wiederum ein Verfechter der Wasserleitung war. Die Wortgefechte der beiden Stadtverordneten schafften es sogar bis in die Lokalzeitung.<sup>333</sup> Beim großen Streik der Schuharbeiter von 1913 zählte Böyng ebenfalls zu den zentralen Akteuren und trat als Redner auf.<sup>334</sup> Nach Beendigung des Streiks verlor er seine Arbeitsstelle und trat „freiwillig“, wie es in der Zeitung hieß, von seinem Mandat als Stadtverordneter zurück.<sup>335</sup> Im Verwaltungsbericht heißt es, dass

330 Schmuhl, Hans-Walter, Die Herren der Stadt. Bürgerliche Eliten und städtische Selbstverwaltung in Nürnberg und Braunschweig vom 18. Jahrhundert bis 1918, Gießen 1998, S. 508.

331 Vgl. Ahauser Kreiszeitung v. 1. Oktober 1910, in: Leuters, Kreis Ahauser Chronik, S. 162.

332 Vgl. Ahauser Kreiszeitung v. 9. November 1907, in: ebd., S. 118.

333 Vgl. Ahauser Kreiszeitung v. 8. Januar 1908, in: ebd., S. 125.

334 StA-AH Stadtgeschichtliche Dokumentation (Schuhfabrik Dües), Abschrift eines Zeitungsberichtes über die Öffentliche Versammlung der christlichen Lederarbeiter v. 07. April 1913.

335 StA-AH Stadtgeschichtliche Dokumentation (Schuhfabrik Dües), Vermerke aus alten Büchern und Aussagen von noch lebenden ehemaligen Beschäftigten der Firma und sonstigen Personen, die engen Kontakt zur Firma bzw. zur Familie Dües hatten (Urheber unbekannt); Ahauser Kreiszeitung v. 29. November 1913, in: Leuters, Kreis Ahauser Chronik, S. 212.

der Schuhmachermeister aus der Stadt verzogen sei,<sup>336</sup> was darauf hindeutet, dass er in Ahaus keine neue Anstellung fand. Damit verließ ein Vertreter der politischen Gegner der Unternehmer die Stadtverordnetenversammlung, womit sich die wirtschaftliche Abhängigkeit, in der große Teile der Stadtbevölkerung zu den Industrieunternehmern standen, indirekt auch kommunalpolitisch niederschlug.

Mit der Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in der Weimarer Republik fiel dieser ‚Bestandsschutz‘ jedoch weg, womit die Zahl der politischen Mandate der Unternehmerschaft im gesamten Reich zurückging.<sup>337</sup> In Ahaus zeigte sich dies am Beispiel des Schuhfabrikanten Johann Dües Junior: Während er im Kaiserreich unbeschadet durch seine Verwicklung in die teils heftig geführten öffentlichen Auseinandersetzungen um die Streiks von 1909, 1911 und 1913 durch die erste Abteilung wiedergewählt worden war, verlor er im Jahr 1919 seinen Sitz im Stadtverordnetenkollegium.<sup>338</sup> Dagegen konnten die anderen Ahauser Unternehmer ihre Mandate trotz des politischen Umbruchs weiterhin behaupten: Jan van Delden gehörte dem Stadtverordnetenkollegium bis zu seinem Tod im Jahr 1924 an, Bernhard Oldenkott ebenfalls bis zu seinem Tod im Jahr 1926. Beide Unternehmer mussten dementsprechend über genügend Rückhalt in der Bevölkerung verfügt haben, um auch ohne den Schutz des Dreiklassenwahlrechts gewählt zu werden. Ysaak van Delden wurde bei seinem 70. Geburtstag im Jahr 1929 noch als „langjähriger Schöffe“ der Stadt Ahaus bezeichnet, was ebenfalls für eine andauernde Ausübung des Amtes spricht, zudem war er noch 1926 Teil der städtischen Finanzkommission.<sup>339</sup> Aus der nächsten Generation der Firmenleitung wurde auch Willy van Delden spätestens ab 1926 in das Stadtverordnetenkollegium ge-

---

336 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht für Stadt Ahaus v. 21. Dezember 1914.

337 Vgl. Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 249.

338 Vgl. StA-AH Stadtgeschichtliche Dokumentation (Schuhfabrik Dües), Vermerke aus alten Büchern und Aussagen von noch lebenden ehemaligen Beschäftigten der Firma und sonstigen Personen, die engen Kontakt zur Firma bzw. zur Familie Dües hatten (Urheber unbekannt).

339 Vgl. StA-AH Fabrikant Ysaak van Delden 70 Jahre alt, *Ahauser Kreiszeitung* v. 25.05.1929.

wählt.<sup>340</sup> Der Zentrumsolitiker Bernhard Oldenkott wurde während der Weimarer Republik erstmalig zum Schöffen bestimmt, wobei er die Nachfolge von Ysaak van Delden antrat.<sup>341</sup> Die (Wieder-)Wahlen von Unternehmern wie Oldenkott und van Delden lassen sich in der Weimarer Zeit durch den Wegfall des Dreiklassenwahlrechts nicht mehr allein über das ökonomische Kapital erklären, stattdessen fiel nun das soziale Kapital stärker ins Gewicht: „Persönliche Kontakte, die in Vereinen oder durch gegenseitige Gefälligkeiten gepflegt wurden, taten ein Übriges. In Kleinstädten besaß das Honoratiorenregime eine stärkere Beharrungskraft“, so Berghoff (zur Rolle der Unternehmer im Ahauser Vereinswesen siehe Kapitel 7.2).<sup>342</sup>

Die Ahauser Fabrikantenfamilien bildeten mit ihrem kommunalpolitischen Engagement im Westmünsterland keine Ausnahme, wie sich an den Nachbarstädten erkennen lässt: In Vreden waren die Unternehmer Huesker, Reerink und Terhalle Teil der Stadtverordnetenversammlung,<sup>343</sup> in Stadtlohn stellte die Familie Hecking gleich mehrere Stadtverordnete sowie ein Mitglied des Magistrats.<sup>344</sup> Auch der Gronauer Unternehmer Gerrit van Delden war Mitglied des örtlichen Stadtverordnetenkollegiums, in dem er zeitweilig den Vorsitz ausübte.<sup>345</sup> Welche individuellen Motive dahinter steckten, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, da es an den nötigen Selbstzeugnissen fehlt. Ein in der Forschung häufig wiederkehrendes Motiv ist die Wahrnehmung der Unternehmer, dass aus ihrer wirtschaftlichen Führungsrolle zum einen der Anspruch, zum anderen aber auch die Verpflichtung zur Übernah-

340 Vgl. StA-AH AH-1 0014 Verwaltungsbericht der Stadt Ahaus für das Rechnungsjahr 1925.

341 Vgl. StA-AH Nachruf des Bürgermeisters Ridder auf B. Oldenkott, Ahauser Kreiszeitung v. 22.07.1926

342 Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 250.

343 Vgl. StA-V Fl/I Einladung zur Stadtverordnetensitzung in Vreden am 27. Oktober 1910.

344 Vgl. StA-ST St-Sch 23 Bericht über den Stand und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Stadtlohn i.W. umfassend den Zeitraum vom 1. April 1912 bis 31. März 1913, S.7.

345 Vgl. Ahauser Kreiszeitung v. 22. Mai 1903, in: Leuters, *Kreis Ahauser Chronik*, S. 43.

me einer politischen Führungsrolle in der Stadt resultierte.<sup>346</sup> Berghoff spricht in diesem Zusammenhang vom Unternehmer als „Stadtbürger, der sich kraft seiner ökonomischen Potenz in der Verantwortung für das Gemeinwohl sah“.<sup>347</sup> Diese Wahrnehmung spiegelt sich auch in der zeitgenössischen Lokalpresse wider. So schrieb die Ahauser Kreiszeitung zum 70. Geburtstag Ysaak van Deldens, der Unternehmer sei bestrebt gewesen, seine „ganze Schaffenskraft [...] nicht allein seinem Betriebe, sondern auch in hohem Maße der Öffentlichkeit“ zu widmen.<sup>348</sup> Nach Krabbe lässt sich das kommunalpolitische Engagement der Unternehmer, insbesondere bei zugezogenen Fabrikanten wie den van Deldens, auch als Folge einer wachsenden Bindung an den Wohnort betrachten:

„Voraussetzung des Engagements in der Gemeindeverwaltung [...] war [...] eine auf Dauer ausgerichtete Seßhaftigkeit, die zu einer Identifikation mit dem Wohnort führte, den man als Heimat oder als Rahmen seiner Geschäftsinteressen akzeptiert hatte.“<sup>349</sup>

Darüber hinaus sollten jedoch auch ökonomische Motive nicht ausgeblendet werden, hatten die Unternehmer doch ein Eigeninteresse daran, sich günstige politische Rahmenbedingungen für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu schaffen. Eine eindeutige Trennung zwischen politischen und ökonomischen Motiven ist jedoch in Anbetracht einer auch in Ahaus festzustellenden weitgehenden „Identität zwischen wirtschaftlicher und politischer Führungsschicht“ nur schwer vorzunehmen.<sup>350</sup> So kommt eine Förderung der Westfälischen Nordbahn und der Ahaus-Enscheder Eisenbahn durch die finanzielle Beteiligung der Stadt an den entsprechenden Trägergesellschaften einerseits dem Interesse der Öffentlichkeit nach einer besseren Verkehrsanbindung entgegen, entsprach jedoch zugleich auch dem betriebswirtschaftlichen Kal-

---

346 Vgl. Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 247.

347 Ebd.

348 Vgl. StA-AH Fabrikant Ysaak van Delden 70 Jahre alt, *Ahauser Kreiszeitung* v. 25.05.1929.

349 Krabbe, *Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 63.

350 Löhr, *Honoratiorengruppen und Kommunalpolitik 1871–1914*, S. 14.



kül der Unternehmerschaft, da auf diese Weise die Transportkosten für eigene Rohstoffe und Waren gesenkt werden konnten.<sup>351</sup> Krabbe spricht in diesem Zusammenhang von einer „Äquivalenz von privatwirtschaftlichen und öffentlichen Geschäften“.<sup>352</sup>

---

351 Vgl. StA-AH AH-I 0014 Verwaltungsbericht der Stadt Ahaus v. 14. November 1901.

352 Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 62.

